

Erläuterungen

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0095/2021

Erhöhung des Eigenanteils Frühe Hilfen

Beratungsfolge: 18.05.2021 Jugendhilfeausschuss	
Finanzielle Auswirkungen:	6.600,00 €
Leitbildrelevanz:	1 und 2
Inklusionsrelevanz:	

Die Finanzierung der Frühe Hilfen durch den Bund startete als Modellprojekt im Jahr 2012. Der Kreis Heinsberg mit allen fünf Jugendamtsbezirken nutzt die staatliche Förderung seit 2014. Eine Tabelle, die die Verteilung der Beträge in 2021 ausweist, ist als Anlage beigelegt. Bei Rücksprachen mit dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW hieß es stets, dass zukünftig eine progressive Mittelenerhöhung zu erwarten sei. Erstmals im Oktober 2020 wurde auf einem Treffen der Netzwerkkoordinierenden NRW kommuniziert, dass mittlerweile mit einer Erhöhung nicht mehr zu rechnen sei.

Die Verteilung der Mittel seitens des Bundes erfolgt in analoger Anwendung des Königsteiner Schlüssels nach der Anzahl von Kindern unter 3 Jahren im SGB II-Bezug; die Geburtenzahlen spielen dabei nur eine mittelbare Rolle.

Die Stadt Dortmund erhält eine Fördersumme von 476.338 € aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen bei durchschnittlich 6.000 Geburten im Jahr. Dort können 5 Gesundheitsorientierte Familienbegleitungen (GFB, ehemals Familienhebammen) in Vollzeit beschäftigt werden. Dem Kreis Heinsberg wird bei durchschnittlich ca. 2.300 Geburten im Jahr, also mehr als einem Drittel, aber mit 104.178 € nur etwa ein Fünftel der Dortmunder Fördersumme zugewiesen.

Die Stadt Mönchengladbach ist hinsichtlich der Bevölkerungsanzahl mit dem Kreis Heinsberg vergleichbar. Die durchschnittliche Jahresgeburtenzahl ist nur um ca. 100 höher als im Kreis Heinsberg. Das dortige Jugendamt erhält allerdings mit 229.253 € mehr als das Doppelte aus der Bundesstiftung für die Koordinierungsstelle Frühe Hilfen. Wie von der dortigen Netzwerkkoordinierenden, Frau Hlaouit, zu erfahren war, steuert die Stadt MG trotz dieser schon „üppigen“ Förderung zusätzlich ca. 300.000 € eigene Jugendhilfe-Mittel für die präventive Arbeit hinzu.

Der Familienhebammendienst im Kreis Heinsberg ist mittlerweile sowohl bei Fachleuten als auch bei der Zielgruppe sehr gut etabliert und anerkannt. Die Nachfragen bei den GFB sind hoch, immer wieder gibt es Wartelisten. Auch die Beratungsangebote für Eltern und Fachleute werden rege genutzt. Die Nachfragen nach regionalen Fortbildungen sind groß. Vor allem aus den Hebammenkreisen und den KiTas kommen viele Anfragen zu den Themen unserer Zielgruppe.

Seit 2014 ist die Fördersumme für die Frühen Hilfen im Kreis Heinsberg nicht mehr erhöht worden. Im Gegenteil, mit Abnahme der Kinder unter 3 im SGB II-Bezug wurden die Fördermittel ab 2020 um knapp 8000 € gesenkt. In Abstimmung mit den Stadtjugendämtern im Kreis Heinsberg wird die fehlende Summe gemeinsam getragen.

Gleichwohl ist angesichts allgemeiner Sach- und Personalkostensteigerungen abzusehen, dass die Koordinierungsstelle Frühe Hilfen im Kreis Heinsberg die ebenfalls zunehmenden Nachfragen bei den GFB unter Aufrechterhaltung der aktuellen Qualitätsstandards der Arbeit zum Wohl der Eltern und Kinder von 0-3 Jahren mit den zurzeit zur Verfügung stehenden Mitteln langfristig nicht mehr sichern kann.

Zurzeit sind zwei GFB mit insgesamt 30 Stunden pro Woche beschäftigt; Frau Schaps arbeitet 20 und Frau Crampen 10 Stunden. Damit und mit einem kleinen Anteil für die Aufgaben der Netzwerkkoordinierenden sind die Mittel der Bundesstiftung inklusive der in geringem Umfang vorgeschriebenen Eigenanteile der Jugendämter schnell ausgeschöpft. 2023 steht eine erneute Überprüfung der Anzahl der Kinder unter 3 im SGB II-Bezug an. Sollte diese Anzahl weiter gesunken sein, was an sich eigentlich eher erfreulich ist, werden die Bundesmittel für die Frühen Hilfen jedoch weiter gekürzt.

Die Koordinierungsstelle der Frühen Hilfen im Kreis Heinsberg benötigt dringend Planungssicherheit. Dies bedeutet, dass langfristig ausreichend Mittel für die Arbeit mit einer den steigenden Kosten angepassten Progression zur Verfügung stehen müssen. Um den Familienhebammen dienst auch nur geringfügig personell auszubauen sowie für die Akteur/innen der Frühen Hilfen im Kreis notwendige Fortbildungen, Broschüren usw. zu entwickeln, wären nach derzeitiger Einschätzung 20.000 € im Jahr ausreichend. Ein diesbezüglicher Konsens mit den an der Finanzierung beteiligten Stadtjugendämtern konnte vorab herbeigeführt werden. Der auf den Kreis Heinsberg entfallende Anteil beläuft sich auf etwa 6.600 €.

Beschlussvorschlag:

Die jährlichen Eigenmittel des Kreises zum Betrieb der Koordinierungsstelle Frühe Hilfen werden ab dem lfd. Haushaltsjahr um 6.600 Euro erhöht.